HINTERGRUND

Levin: «Es kommt nicht immer auf die Grösse an»

Text: Doris Quaderer Fotos: Michael Zanghellini

Liechtenstein feiert nächstes Jahr den 300. Geburtstag und zählt damit zu den ältesten Staaten weltweit. Ein Grund, weshalb viele Staaten im Laufe der Zeit auseinanderbrechen, ist das Fehlen von Fachwissen im Bereich der Staatsführung. Darum hat das Fürstenhaus die Liechtenstein Foundation for State Governance ins Leben gerufen. Stiftungsratsmitglied Daniel Levin erklärt im Interview, wo genau die Stiftung ansetzt und was er sich davon verspricht.

Sie arbeiten bereits seit fast zehn Jahren für die Stiftung des Fürstenhauses und helfen Krisenländern, eine gesunde Staatsführung zu erlangen. Laut dem Erbprinzen standen ursprünglich Verfahren und Module im Bereich des Finanzmarktes im Vordergrund. Mittlerweile hat sich der Ansatz verbreitert. Wie kam es dazu?

Daniel Levin: Die ursprüngliche Plattform mit den Finanzmodulen hatten wir im Rahmen meiner Tätigkeit in einer New Yorker Anwaltskanzlei Mitte der Neunzigerjahre entwickelt. Wir haben diese in verschiedenen Staaten in Afrika und anderen Entwicklungsländern angewendet, beispielsweise in Angola, Namibia oder Sambia. Eher zufällig kam es 2008 zu einem Gespräch mit dem Erbprinzen zu diesen Finanzentwicklungsmodulen, und schnell war ein gegenseitiges Interesse, auch mit dem Fürsten, ersichtlich, aufgrund der Methodik dieser Plattform eine Stiftung aufzubauen, die einen Beitrag zu den weltweiten Herausforderungen in Sachen «State Governance» leisten kann. Mich hat die Idee fasziniert, nicht einfach mit der gleichen Wirtschaftsplattform weiterzuarbeiten, sondern auch in anderen Bereichen, beispielsweise dem Gerichtswesen, der Verfassung, dem Strafrecht, dem Bildungs- und Gesundheitswesen, dem Grundbuchregister und so weiter, Module entwickeln zu können. Die Stiftung ist sehr langfristig angelegt. Die Herausforderung ist es, zu entscheiden, welche Projekte man als Nächstes angehen soll. Schliesslich verändern sich auch die Bedürfnisse. In den 90er-Jahren, als wir die Urplattform entwickelt hatten, spielte der Aufbau eines nachhaltigen, gesunden Finanzsystems in den verschiedenen Staaten, sei es in Afrika, dem Nahen Osten oder auch in Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, eine wesentliche Rolle. In den letzten Jahren hat ein gewisser Paradigmenwechsel stattgefunden, angetrieben unter anderem von den zahlreichen Bürgerkriegen seit dem Arabischen Frühling, sodass die sogenannte «Failed States»-Problematik in den Vordergrund gerückt ist. Dies bedeutet, dass nebst der Entwicklung gesunder Finanzmärkte die Neudefinition dieser Nationen als überlebensfähige Rechtsstaaten vordergründig geworden ist. Jemen und Kongo gehören zu solchen Staaten, in denen die Stiftung nun die Möglichkeit hat, einen Beitrag zu leisten und dabei verschiedene neue Module zu entwickeln und zu implementieren.

Wie gehen Sie an ein solches Projekt heran – in solchen Ländern gibt es ja auch keine funktionierenden Regierungen mehr, mit der man zusammenarbeiten kann.

Das ist richtig. Im Jemen beispielsweise arbeiten wir nicht mit der Regierung zusammen, es gibt dort derzeit keinen funktionierenden Zentralstaat mehr. Wir arbeiten also von aussen, auch in Kooperation mit Golfstaaten, die uns bei diesem Vorhaben unterstützen. Es geht darum, von einzelnen Stämmen – davon gibt es im Jemen rund 180 – junge, fähige Leute auszuwählen. Diese jungen Leute werden dann ausserhalb des Landes rund eineinhalb Jahre lang trainiert. Dabei sollen die verschiedenen Aspekte eines «gesunden» Staates beleuchtet werden und diesen Personen das Grundwissen und die Tools gegeben werden, damit sie in der Lage sind, ihr Land nach dem Krieg wiederaufzubauen und zu gestalten. Wenn man 200 Leute ausbildet, dann hat man mit Glück am Ende 50, die fähig sind, später eine tragende Rolle zu spielen, als Richter, Minister oder Parlamentarier beispielsweise. Im Jemen dürfte die Ausfallquote sogar noch höher liegen, weil weniger Frauen dabei sind.

Warum spielt das Geschlecht eine Rolle?

Frauen sind in der Regel motivierter, gerade in stark patriarchalischen Gesellschaften. Denn in solchen Staaten müssen sich die Frauen noch stärker beweisen als in einer egalitären Gesellschaft. Wenn sie es bis in unser Projektteam schaffen, dann nicht deshalb, weil sie aus privilegiertem Haus stammen, sondern aufgrund ihrer Kompetenz und weil sie dafür hart gekämpft haben.

Wie rekrutieren Sie diese jungen Leute?
Die Kandidaten werden uns in der ersten Runde von ihren Stämmen empfohlen, wobei wir gewisse Parameter hinsichtlich Alter, Sprachkenntnisse, Ausbildung und Erfahrung vorgeben. Danach nehmen wir die erste Triage vor, indem die offensichtlich nicht qualifizierten Kandidaten durch neue ersetzt werden.

Dieser Vorgang ist sehr schwierig, da wir natürlich nicht jede Person vor Ort interviewen können und auf die Vorgaben ihrer Stämme angewiesen sind. Dabei stellen sich enorme Herausforderungen, auch in sprachlicher Hinsicht: Manche Kandidaten sprechen nicht einmal klassisches Arabisch, geschweige denn Englisch, sondern nur lokale Dialekte, die sich von Region zu Region stark unterscheiden können. Aber dies gehört nun mal zur Realität solcher Projekte, und auch hier gilt: Das Perfekte ist der Feind des Guten.

Wird eine Stiftung aus Liechtenstein überhaupt ernst genommen? Man muss mit einem Liechtensteiner Pass nicht sehr weit reisen, um an Passkontrollen konsternierte Blicke zu ernten.
Durchaus. Liechtenstein wird als sehr neutral gesehen, fast noch neutraler als die Schweiz. Gerade in den Golfstaaten spürt man eine starke Bewunderung für die Monarchie hierzulande. Die Informierten wissen, dass sich diese Monarchie auch neu orientieren und demokratisch legitimieren musste. Gerade in den Golfstaaten beschäftigen sich einige mit der Frage, welche Herrschaftsstrukturen nachhaltig sind und wie sie zum Staatswesen beitragen können. Den Aufgeklärteren unter den Entscheidungsträgern ist bewusst, dass sie sich diesen Fragen stellen müssen, um ihren Führungsanspruch langfristig zu verankern.

Die Stiftung hat rund sechs Mitarbeitende, ist also verhältnismässig klein. Kann sie dennoch nachhaltig etwas bewirken?
Es kommt nicht immer auf die Grösse an. Wenn wir die UNO oder grosse nationale Entwicklungsbehörden wie USAID in den USA oder DFID in Grossbritannien anschauen, dann sind das riesige Institutionen, allerdings nicht immer mit beeindruckendem Output. Hingegen gibt es Einzelpersonen, wie beispielsweise den südafrikanischen Bischof Desmond Tutu, der durch seine eigene Diplomatie in vielen Bereichen sehr viel bewegt hat. Es zählt also weniger die Grösse, sondern vielmehr der Ansatz. Und die Idee dieser Stiftung ist es, Module zur Verfügung zu stellen, die einen Multiplikatoren-Effekt haben. Uns ist klar, dass wir keine Wunder vollbringen oder Bürgerkriege beenden können. Wir können auch unsere westlichen Systeme nicht einfach in andere Länder exportieren. Es wird nicht gelingen, wenn man versucht, aus dem Kongo oder Jemen von aussen her westlich-liberale Demokratien zu machen. Aber wir können in die junge Generation investieren und ihnen Know-how und Werkzeuge zur Verfügung stellen, damit sie nach Kriegsende den Staat von innen heraus wieder entwickeln und Strukturen aufbauen können.

Daniel Levin: «Uns ist klar, dass wir keine Wunder vollbringen oder Bürgerkriege beenden können. (...) Aber wir können in die junge Generation investieren.»

In Liechtenstein ist diese Stiftung nur sehr wenigen Leuten ein Begriff. Viele wissen zwar, dass der Fürst das Buch «Der Staat im dritten Jahrtausend» geschrieben hat. Aber die wenigsten wissen, dass es eine Liechtenstein Foundation for State Governance gibt und was die tut. Warum halten Sie sich derart im Hintergrund?
Das ist weniger ein tiefer philosophischer Ansatz, sondern eher eine Frage des Stils und der persönlichen Präferenz, die wohl auch der zurückhaltenden Handlungsweise des Fürstenhauses entspricht. Wir leben heute in einer Zeit, in der viele Menschen, insbesondere über Sozialmedien, ihre Meinung und ihre Erfolge auf öffentlichen Plattformen kundtun und ausschmücken. Diese Dynamik wäre für die Tätigkeit der Stiftung, die von gegenseitigem Vertrauen und Diskretion abhängig ist, eher schädlich. ■